



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/23 - 28.1.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Anschlag auf den Lastenausgleich	S. 1
Paris und die Viererkonferenz	S. 3
Herrschaft der Gutsituierteren ?	S. 5

## Lastenausgleich soll verschlechtert werden

(sp) Bei der Beschliessung des Gesetzes über den Lastenausgleich im Jahre 1952 ging im Bundestag der Streit u.a. darum, ob der Lastenausgleich auf dem quotalen, d.h. vermögensrechtlichen Prinzip aufgebaut werden oder ob das ganze soziale Moment der Bemessung der Entschädigung an die Vertriebenen ausschlaggebend sein soll. Die meisten Abgeordneten der Regierungsparteien, ebenso wie ein Teil der Führer der Vertriebenenverbände, setzten sich für den quotalen Lastenausgleich ein, d.h. für die Bemessung der Entschädigung nach dem früheren Vermögensstand des einzelnen Vertriebenen. Die Durchsetzung dieses Standpunktes hätte zur Folge gehabt, dass die Lastenausgleichsgelder zum grössten Teil für die früheren Grossvermögensbesitzer bestimmt worden und für die Vertriebenen, die keinen oder nur einen kleinen Besitz hatten, zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse für den Aufbau eines Haushalts oder einer neuen Existenz nur geringe Mittel übrig geblieben wären. Dank dem energischen Kampf der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag, die von einer Gruppe sozial denkender Abgeordneter der anderen Parteien unterstützt wurde, konnten die schlimmsten Auswüchse einer besitzbürgerlichen Denkweise vermieden werden.

Es war zu erwarten, dass die Vertreter der Besitzinteressen die Durchsetzung ihrer damals nicht verwirklichten Absichten anstreben werden. Angesichts der Zusammensetzung des neuen Bundes-

tages versprechen sie sich jetzt mehr Erfolg und treffen bereits Vorbereitungen für eine Änderung des Lastenausgleichsgesetzes in ihrem Sinne. Mehrere in dieser Richtung gehende Anträge der Regierungsparteien liegen bereits im Bundestag vor, wobei die Verschlechterung nicht nur nach der sozialen Leistungsseite hin, sondern auch hinsichtlich der Vermögensabgabe für den Lastenausgleich angestrebt wird.

Der Umstand, dass die Lastenausgleichsabgabe seit Beginn des Haushaltsjahres besser eingegangen ist als erwartet wurde, gibt den Vermögensbesitzern der Bundesrepublik den willkommenen Anlass, um gegen die Abgabe zu Felde zu ziehen. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schliessen, dass man sich an der Vermögensabgabe vorbeidrücken oder sie zumindest herabsetzen will. Das Bestreben geht insbesondere in der Richtung einer Verlagerung des Schwergewichts der Lastenausgleichseinnahmen auf die Ländersteuer. Und da an der Ländersteuer auch alle Vertriebenen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke beteiligt sind, würde das bedeuten, dass sie die Lasten für den für sie bestimmten Ausgleich zum grossen Teil selber tragen müssen.

Auf der Leistungsseite gehen die Bestrebungen u.a. in Richtung einer Einschränkung des sozialen Moments. Man will die Mittel für die Hausratshilfe kürzen und die wirtschaftliche Aufbauhilfe erhöhen. Die Tatsache, dass statt der vorgesehenen 600 Millionen im laufenden Haushaltsjahr 900 Millionen M für die Hausratshilfe ausgegeben werden, soll den Vorwand dazu bieten, die Mittel für diese zunächst noch den Ärmsten unter den Vertriebenen zugute kommende Hilfe im nächsten Jahr um die gegenwärtig zusätzlich zur Verfügung gestellte Summe von 300 Millionen M zu kürzen, d.h. statt 600 Millionen M im kommenden Jahr nur 300 Millionen zu bewilligen.

Bei der Schadensberechnung soll das Prinzip der sogenannten paritätischen Gleichheit für die Vertriebenen mit grossen Entschädigungsansprüchen zum Nachteil für die Kleinen verschoben werden. Das wird sowohl von der CDU/CSU als auch vom GE/BHE in zwei nur wenig voneinander abweichenden Anträgen verlangt. Statt der bisher vorgesehenen 27 Schadensgruppen wollen die beiden Parteien nur noch 12 Gruppen gelten lassen, wobei die Summen des Schadensbetrages jeweils nach oben abgerundet werden sollen. Schon bei der gegenwärtigen Berechnung der Vermögensentschädigung entfällt auf 50 000 ehem. grosse Vermögensbesitzer allein eine Entschädigung von 1 Milliarde M zuzüglich 2 Millionen Zinsen jährlich. Durch die geplante Änderung würden die Lastenausgleichsmittel durch die grossen Vermögensansprüche in noch grösserem Masse in Anspruch genommen werden.

Der mangelnde Wille zur Verwirklichung des Lastenausgleichs in der beschlossenen Form äussert sich u.a. auch in der zögernden Erlassung der Durchführungsverordnungen durch die Bundesregierung. Ebenso ist das im Bundesvertriebenenengesetz geforderte Siedlungsprogramm für die Jahre 1953-1957 noch nicht aufgestellt worden.

Die Sozialdemokratische Partei beobachtet diese Entwicklung mit grosser Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu Bestrebungen der Regierungskoalition wird die SPD darauf hinarbeiten, dass der erhöhte Eingang der Lastenausgleichsmittel aufrechterhalten bleibt und die sozialen Leistungen, insbesondere die Unterhaltshilfe für die Alten und Arbeitsunfähigen, verbessert werden.

Sowjetrussisches Liebeswerben um Frankreich

G.S., Paris, Ende Januar

In keiner Hauptstadt wohl mehr als in Paris ist man davon überzeugt, dass man mit den Russen jetzt, nach dem Tode Stalins, "reden" kann. Und mit einigem Missmut wurden die Äusserungen von amerikanischer Seite aufgenommen, wonach diese Konferenz schliesslich nur den Beweis dafür zu erbringen habe, dass mit den Russen "nichts zu machen" sei. Man will in der französischen Hauptstadt diese Version umso weniger zur Kenntnis nehmen, als Frankreich ausserhalb einer Verständigung oder eines "Kuhhandels" wirklich keine Möglichkeit sieht, aus einigen Schwierigkeiten herauszugelangen, die für das Land unerträglich werden: alles ist über die Absurdität gesagt worden, dass Frankreich, 12 000 km vom Mutterland entfernt, das Gros seiner Streitkräfte in einem aussichtslosen Ringen unterhält. Auch die Militärs sind im Grunde davon überzeugt. Und könnte Bidault unbeweglich bleiben, wenn die Russen in dieser Beziehung wirklich ernsthafte Vorschläge machen? Könnte Frankreich einfach "Nein" sagen, wenn man von diesem Land die Aufgabe des EVG-Vertrages fordert, für den letzten Endes nur eine Minderheit eintritt?

Der französische Ministerrat hat diese Fragen ausführlich erörtert, und nicht zuletzt wurde auf die in den Vereinigten Staaten wachsende Tendenz hingewiesen, sich "abzusetzen" und alles Heil der "peripheren Strategie" anzuvertrauen.

Im Gegensatz zu gewissen amerikanischen Kreisen, die von vornherein von der Nutzlosigkeit aller Bemühungen überzeugt sind, nimmt man in Paris die Viererkonferenz zu ernst. Unter grosser Publizität fuhr kürzlich eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung eines Beamten des Aussenministeriums nach Moskau, und sehr auffällig musste es erscheinen, dass die Reise der französischen Parlamentarier nach Polen kein Wort der Missbilligung seitens des Quai d'Orsay fand, obwohl Vertreter aller Parteien an dieser Reise teilnahmen und diese anschliessend zum Teil begeisterte Kommentare über die vorgeführten Potemkischen Dörfer schrieben...

Es wäre voreilig und übertrieben, zu erklären, dass Frankreich Moskau in die Arme fallen werde. Frankreich kann das aus verschiedenen Gründen internationaler Natur nicht, die allen bekannt sind.

Aber es kann kaum verhehlt werden, dass Frankreich - wenn man sich so ausdrücken darf - für eine Wiederauflage der französisch-russischen Allianz "anfällig" ist. Es wird von der sowjetischen Haltung in Berlin abhängen, inwieweit diese Anfälligkeit sich zu einer ausgesprochenen Tendenz entwickeln kann. Das sowjetrussische Liebeswerben um Frankreich fällt in Paris nicht immer auf unfruchtbaren Boden. Im Gegensatz zu Bidault, der sich vorläufig kühl zeigt, ist der stellvertretende Ministerpräsident Paul Reynaud keineswegs abgeneigt, den Kuhhandel "EVG-Indochina" ernsthaft in Betracht zu ziehen. Usmehr, als die Gegnerschaft der französischen Abgeordneten zur EVG eher gestiegen ist. Nur die katholische volksrepublikanische Bewegung hält noch ehern an dem Vertrag fest.

Jedenfalls wird Bidault - trotz aller Vollmachten des Ministerrats - in Berlin nicht die Tatsache übersehen dürfen, dass in allen französischen Parteien eine Tendenz wächst, die man als "Neutralismus", "Antiamerikanismus" oder wie auch immer bezeichnen kann. Und jedenfalls wird Bidault ausserordentlich hellhörig sein: er ist ganz und gar nicht davon überzeugt, dass mit den Russen "nichts zu machen" sei...

+                    +                    +

Deutsche Flüchtlinge nach Schweden ?

K.R.K.Stockholm. - "Torps" nennen die Schweden jene kleinen Bauernhäuser oder Keuschen, die, von einem Stück Ackerland, Weide oder Wald umgeben, ihren Besitzern bei harter Arbeit ein knappes Auskommen ermöglichen. In einigen Gegenden Mittelschwedens gibt es solche "Torps", die leer stehen: ihre früheren Bewirtschafter haben anderswo ein leichteres Auskommen gefunden.

Nun hat, wie die grosse schwedische Zeitung "Dagens Nyheter" berichtet, der Rat des Stifters Skara beschlossen, in der Gegend von Tiveden (nördlich Göteborgs) deutsche Flüchtlinge auf abgelegenen Torps als Häusler anzusiedeln. Man meint, dass man diese Torps mit geringen Mitteln instandsetzen kann, um so arbeitsamen Leuten zu einer neuen Existenz zu verhelfen. "Dagens Nyheter" teilt zum Schluss mit: "Gelingt der Versuch in Tiveden, ist es möglich, dass man ähnliche Versuche in anderen Gegenden unternimmt, um deutschen Flüchtlingen in unserem Lande neue Möglichkeiten zu geben".

### DREIKLASSENWAHLRECHT

K.G.: "Wer Deutschland mit offenen Sinnen durchreist, kann un-  
schwer das Moos der Restauration wachsen hören", schrieb am 26. Januar  
die "Zürcher Tat".

Am Tag davor polemisierte der Erlanger Professor für Religions-  
und Geistesgeschichte, Dr. Hans-Joachim Schoeps, auf einem Akademiker-  
abend in Kassel gegen das demokratische Prinzip der "Kopfwahl",  
das leicht zu potenziertem Bürokratie führe. Dagegen hob er das Drei-  
klassenwahlrecht Preussens hervor.

Nun, Schoeps ist ja seit einigen Jahren als sehr eigenwilliger  
Kopf bekannt, was ihn zweifellos zum Vorteil gereicht, und die Zahl  
seiner Anhänger ist sicherlich ebenso gross, wie die seiner Gegner.  
Paul Sethe kennzeichnete ihn einmal als Demokraten, Preussen aus  
Leidenschaft, Konservativer aus Überzeugung. Seine Thesen über Preussen  
sind zumindest eines ernsthaften Nachdenkens wert. Die sehr absolut  
gesetzten Schlussfolgerungen dürften allerdings weitgehend umstritten  
sein. Schoeps letzte Rede aber ist undiskutabel.

Irgendwo liegt auch die Grenze einer Regeneration aus den Geiste  
von vorgestern. Erinnern wir uns:

Das Dreiklassenwahlrecht galt für die Wahlen zum preussischen  
Landtag von 1850 bis 1918. Der Wert der Stimmen war nach der Steuer-  
zahlung abgestuft. Die Wähler waren in drei Klassen eingeteilt. Die  
besten Steuerzahler, die zusammen das erste Drittel der Steuereinkünfte  
aufbrachten, hatten ebenso viele Abgeordnete zu wählen, wie die  
Wähler, die das zweite Steuerdrittel aufbrachten und ebenso viele  
wie die übrigen Wahlberechtigten. Bei diesem Wahlsystem hatte die  
Stimme eines Wählers der ersten Klasse etwa den 12-fachen Wert einer  
Stimme der zweiten Klasse oder etwa den 25-fachen Wert einer Stimme  
der dritten Klasse. Eine Stimme der zweiten Klasse wog soviel, wie  
etwa drei bis vier Stimmen der dritten Klasse.

Das Wissen um die Problematik der parlamentarischen Demokratie  
und ihrer Wahlsysteme ist schon ein alter Hut und hat seit eh und je  
hervorragende demokratische Geister beschäftigt. Aber keinem wäre  
eingefallen, als Ideallösung die Volksherrschaft durch eine Herrschaft  
der Gutsituierten abzulösen. Wobei ein Demokrat sich dazu noch die  
Frage stellen sollte, in welchen Schichten des deutschen Volkes das  
demokratische Bewusstsein am stärksten verankert ist. Auf diese Art  
ist das Problem der "potenzierten Bürokratie" bestimmt nicht zu lö-  
sen; im Gegenteil, Preussen ist gewiss nicht durch den Ruf berühmt  
geworden, eine unentwickelte Bürokratie zu haben.

Wer heute das Dreiklassenwahlrecht fordert, stellt sich gegen  
eine Entwicklung, die nicht zuletzt den Arbeiter zum Staatsbürger ge-  
macht hat. Und an diesem Punkt beginnt die Diskussion über die Aner-  
kennung des gleichen Rechtes und der gleichen Würde jedes Menschen.

#### Berichtigung:

+                    +                    +

In unserem gestrigen Artikel "Einem Betrüger aufgesessen" (Ausgabe  
Nr. P/IX/22 v. 27.1.54) muss es im letzten Absatz, 6. Zeile, S.6,  
heissen: ... die nicht einmal ein Datum enthalten...

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler